ZU-01-213: Zusammen das Beste geben: Mit Qualifikation, Teilhabe und Einwanderung mehr Fachkräfte gewinnen

Antragsteller*innen Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
(dort beschlossen am: 31.03.2023)

Antragstext

Von Zeile 213 bis 219:

Perspektive bieten, daher setzen wir uns für eine Lösung ein, die es allen jungen Menschen ermöglicht, einen vollwertigen Berufsabschluss zu erreichen. ~~Auf Bundesebene und auf Landesebene machen wir uns dafür stark, dass mehr Unternehmen Ausbildungsplätze bereitstellen. Wir unterstützen die GRÜNEN Bemühungen für eine Ausbildungsgarantie auf Bundesebene, wie es im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verankert wurde. Der Rechtsanspruch auf eine Ausbildung auf Bundesebene ist hier ein guter Anfang. Auf Bundesebene und auf Landesebene machen wir uns dafür stark, dass mehr Unternehmen Ausbildungsplätze bereitstellen.~~ Gerade für die schulische Ausbildung in Bereichen des akuten Fachkräftebedarfs, wie den Erziehungs- sowie

Begründung

Das von Bundesminister Heil vorgelegte Gesetz ist ein erster Schritt, jungen Menschen eine gute Zukunftsperspektive zu bieten. Allerdings greift der Vorschlag zu kurz, der Rechtsanspruch garantiert nicht in allen Regionen einen Ausbildungsplatz. Außerdem fehlt im Gesetz ein klares Bekenntnis zur Förderung der betrieblichen Ausbildung. Bundesweit bilden weniger als 20% der Betriebe überhaupt aus. Um auch die betriebliche Ausbildung zu stärken, müssen wir die Wirtschaft an den Kosten beteiligen und wollen zu einem umlagefinanzierten Modell in Nordrhein-Westfalen kommen. So kann jeder junge Mensch einen Betrieb finden, bei dem er*sie eine Ausbildung machen kann. Das Land Bremen geht mit einem Ausbildungsfonds bereits voran, als größtes Bundesland und soziales Gewissen der Bundesrepublik wollen wir hier nachziehen.

Unterstützer*innen

Taran Mostofizadeh (KV Essen), Helena Jamal (KV Essen), Barbara Romanowski (KV Oberberg), Florim Iseini (KV Duisburg)